

**Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg,
am 22. November 2019 auf dem Stuttgarter Schlossplatz. Seine leicht gekürzte Rede
vor 10 000 Demonstranten:**

Wer solche „Partner“ hat, braucht keine Feinde

Wir alle haben an einem Freitagnachmittag Besseres zu tun als hier zu stehen. Aber: Wir sind nun mal leider einbestellt worden. Einbestellt worden

- von einigen Arbeitgebern, deren Verantwortungsgefühl und unternehmerische Weitsicht so weit reicht, wie ich einen Elefanten werfen kann!
- von Politikern die noch immer meinen, eine ruhige Hand, viel Kleinklein und Zaudern wären die Mittel der Wahl!
- von Teilen der Öffentlichkeit, die fest an das Märchen glauben, ein bisschen weniger Industrie und weniger Wachstum wären Teil der Lösung!

Diese Dreifaltigkeit (oder dreifache Einfalt) aus einfalllosen Renditejägern, verzagten Aussitzern und naiven Fortschrittskeptikern (Öko-Romantiker) ist der Grund für diese Veranstaltung. Die eigentlich unnötig ist. Denn es geht auch ganz anders.

In der Krise 2008/2009 - das ist erst zehn Jahre her – haben wir uns mit den Arbeitgebern und der Politik an einen Tisch gesetzt. Damals gab es eine gemeinsame Sicht: Wir müssen da zusammen durch. Jetzt ist nicht die Zeit für Egoismen. Alleingänge. Schnelle Gewinne auf Kosten des anderen.

Da saß uns die Banken- und Finanzmarktkrise in den Knochen. Und jedem war klar: Entweder wir halten den Laden gemeinsam zusammen, oder er fliegt uns allen um die Ohren. Es folgte eine Gemeinschaftsleistung. Keine Entlassungen in der Krise. So haben wir das damals genannt. Kluge, passgenaue Lösungen statt Rotstift. Mitbestimmung statt Konfrontation. Das war der Kern des Erfolgs. Zehn Jahre lang haben uns danach alle – von den Arbeitgebern über die Politik und die Medien gelobt, wie schlaue wir damals reagiert haben. Und von jetzt auf gleich haben relevante Teile der Arbeitgeber das vergessen. Ja um Himmels willen: wenn es vor zehn Jahren richtig war, die Menschen nicht auf die Straße zu setzen und gemeinsam Lösungen für eine gute Zukunft zu suchen, warum soll das dann heute falsch sein? Was für ein Irrsinn!

Richtig ist: Die Bedingungen waren schon mal einfacher. Weniger kompliziert.

Übersichtlicher. Dabei ist der konjunkturelle Einbruch in der Industrie noch unser kleinstes Problem. Denn es stimmt, unsere gesamte Industrie befindet sich inmitten von einem tiefgreifenden Strukturwandel.

Wir können weder die Digitalisierung noch den Umstieg in umweltfreundliche und vor allem CO₂-freie Technologien aufhalten. Und lasst es mich so sagen: wir wollen es auch nicht. Wir sind nicht Kaiser Wilhelm, der noch 1910 gesagt haben soll: Das Auto ist eine vorübergehende Erscheinung, ich glaube an das Pferd.

Umweltfragen nicht gegen Arbeitsplätze stellen

Wir wissen: Eine gute Zukunft geht nur auf einem lebenswerten Planeten. Und der Klimawandel ist kein Witz und auch keine Erfindung der Chinesen oder von Pinocchio. Das ist real. Und es ist nach aktuellen Erkenntnissen dramatischer als wir wahrhaben wollen. Aber anstatt Umweltfragen und gute Arbeitsplätze gegeneinander zu stellen, anstatt zu glauben, wenn alles bleibt wie es ist, wird es schon gut, wollen wir den Wandel.

Wollen wir den Weg nach vorne. In eine gute Zukunft. Indem wir

- den Wandel mit und für die Menschen gestalten. Dabei jedem Einzelnen eine Perspektive aufzeigen.
- die Transformation als Chance zu nutzen, auch in Zukunft die Welt mit hochwertigen, nachhaltigen, CO₂-freien Industriegütern „Made in Germany“ auszurüsten. Denn klar ist: Wir können das.
- verhindern, dass unsere Kolleginnen und Kollegen nach zehn Jahren mit Rekordprofiten, die ihr erwirtschaftet habt, in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Nach dem Motto: Ihr habt eure Schuldigkeit getan, jetzt schleicht euch bitte geräuschlos vom Hof.

Ihr habt eure Schuldigkeit getan, schleicht euch vom Hof

Wir haben den Arbeitgebern ein Angebot gemacht. Und die Klugen und Besonnenen von ihnen – und da gibt es zum Glück auch eine ganze Menge davon, sind da auch schon draufgekommen. Für alle anderen möchte ich das hier nochmal deutlich wiederholen: Wir sind bereit, für den Prozess der Transformation, für wirtschaftliche Schieflagen oder wenn es insgesamt kreative Lösungen braucht, gemeinsam nach diesen Lösungen zu suchen. Wo Menschen qualifiziert werden müssen. Wo wir für Investitionen und neue Produkte Flexibilität brauchen. Wo Schwankungen nach unten und oben ausgeglichen werden müssen. Wo es auch darum geht durch „besser statt billiger“ auch die Wirtschaftlichkeit sicher zu stellen. Das ist unser Angebot.

Dafür erwarten wir, dass die Arbeitgeber erklären, dass sie sich zum Standort Deutschland für Forschung, Entwicklung, Produktion und Verwaltung bekennen. Dass dies für bestehende wie für neue Produkte gilt. Dass dies für die heutigen Standorte gilt. Dass entsprechend hier investiert wird – in Technik wie in Menschen. Und dass es die Verabredung gibt: Es gibt für jeden und jede Beschäftigte eine gute Zukunft – gerade weil sich alles ändert.

Es geht uns um den Erhalt und die Absicherung von Arbeitsplätzen, Standorten, Perspektiven. Es geht uns aber auch um unseren Industriestandort insgesamt. Wo wird mehr als hier in Stuttgart und Baden-Württemberg deutlich, dass es nicht um ein paar Arbeitsplätze geht, sondern um unseren gesellschaftlichen Wohlstand insgesamt. Schaut die Königsstraße rauf und runter. Wo wird denn das Geld verdient, das hier ausgegeben wird. Wovon lebt der Bäcker und der Blumenladen, der Frisör und selbst der Trott-war-Verkäufer? Davon, dass es im Maschinen- und Automobilbau hunderttausende gute und gutbezahlte Arbeitsplätze gibt. Dafür haben wir mit guten Tarifverträgen gesorgt. Und davon leben hier nahezu alle gut.

Wo bleibt ein deutliches Wort der Landesregierung?

Es wäre deshalb gut, wenn auch die Landesregierung hier mal öffentlich ein deutliches Wort sprechen würde an die Adresse der Unternehmensverantwortlichen, die das anders sehen. Wir brauchen die Solidarität aller, um zu verhindern, dass Stellen gestrichen, Produktion verlagert, Standards gesenkt werden. Wer das vor hat, der handelt sich massiven Ärger mit uns ein. Das ist keine plumpe Drohung.

Was sollen wir denn machen, wenn uns in die Tasche gegriffen wird, wenn wir aus dem Haus geworfen werden sollen und sich dann noch einige wenige aus dem Kühlschrank satt essen,

den wir gefüllt haben? Da hilft doch nur konfliktbereite und konfliktfähige Gewerkschaftspolitik. Auch wenn ich mir das ganz anders wünschen würde. Nicht wenige Unternehmer und Verbandsfunktionäre stricken an der Legende, wir würden die Sozialpartnerschaft aufkündigen. Gerade heute hat Südwestmetall das wieder behauptet. Gerade so, als hätten wir und nicht Bosch, Mahle, Conti und Co. die Sozialpartnerschaft durch die Ankündigung von Betriebsschließungen und massenhaftem Personalabbau in Frage gestellt. Wer will denn Millionen bei den Beschäftigten einsammeln, um Investitionen zu finanzieren? Wer kündigt denn die Zugehörigkeit zur Tarifbindung? Sind wir das etwa?

Um Himmels Willen. Erst die Hütte anzünden und dann die Feuerwehr als Brandstifter zu beschimpfen, ist doch absurd. Das läuft doch ganz falsch: Da lautet doch die Ansage: Übt Verzicht, senkt Eure Ansprüche, schnallt den Gürtel enger, dann wird's ein bisschen weniger grausam. Das ist keine Partnerschaft. Das nenne ich Erpressung. Wer solche „Partner“ hat, der braucht keine Feinde.

Arbeitgeber wollen zurück zu Koch und Kellner

Unser Weg zu einer geteilten Verantwortung sieht ganz anders aus. Er führt über massive Investitionen in neue Produkte, in neue Geschäftsmodelle, in Qualifizierung hin zu belastbare Zusagen mit Blick auf Beschäftigungssicherung und die Zukunft von Standorten. Unser Weg führt über Einbindung der Belegschaften. Über die Achtung und Wertschätzung der Mitbestimmung. Über Verhandlungen auf Augenhöhe.

Im Kern wollen etliche Arbeitgeber zurück zu einer Welt, in der sie allein bestimmen. In der klar ist, wer kocht und wer kellnert. Vielleicht ist der eine oder andere sogar ganz froh, sollten die aktuellen Herausforderungen freche Ansprüche auf Teilhabe am Haben und Sagen dämpfen. Und wir stehen ganz am Anfang. Es ist noch gar nicht richtig losgegangen. Was passiert denn erst, wenn es richtig losgeht?

Wir lassen uns nicht einschüchtern. Erdulden nicht. Für uns steht fest: Demokratie findet in den Betrieben statt, nicht bei Anne Will im Fernsehen. Eine der größten Gefahren beim Kampf um eine gute Zukunft ist die Hoffnung, andere würden sie für uns durchsetzen. Das wird nicht passieren.

Deshalb sind wir heute hier. Wir machen das besser selbst.